Beschluss (Projekt) Lebendige Erinnerungskultur für Brandenburg

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	24.11.2018
Tagesordnungspunkt:	TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

Brandenburgs Geschichte ist bekanntlich mehr als Großer Kurfürst, Alter Fritz und Preußens "Glanz und Gloria". Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, dem Stalinismus und der SED-Diktatur hat inzwischen ihren festen Platz in der Brandenburger Gedenkkultur. Zusätzlich zu den zentralen Orten der Erinnerung wollen wir weitere dezentrale Erinnerungsorte erhalten und in die Arbeit der Gedenkstättenstiftung einbeziehen. Dazu gehört auch, die bislang vernachlässigten Militärliegenschaften zu Orten der politischen Bildung zu entwickeln. Die Außenstelle der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) in Brandenburg wollen wir erhalten. Außerdem wollen wir die deutsche Kolonialgeschichte vor 1918 aufarbeiten und an einem authentischen Ort sichtbar machen. Ebenso wollen wir an den Völkermord an den Armeniern, die Geschichte der Sinti und Roma und die Geschichte jüdischen Lebens in Brandenburg vor dem nationalsozialistischen Völkermord erinnern. Eine lebendige Erinnerungskultur setzt mehr als

staatlich verordnete Gedenktage, den Erhalt historischer Relikte und die Gestaltung von Ausstellungen voraus: Wir wollen die Bildungsangebote für Schulen und Jugendliche weiter entwickeln und die Zahl der an den Gedenkstätten eingesetzten Lehrkräfte erhöhen. Alle Schüler und Schülerinnen sollen in ihrer Schulzeit mindestens einen Erinnerungsort des Nationalsozialismus und einen der DDR-Zeit in pädagogischer Begleitung besuchen können. Um dies zu ermöglichen wollen wir die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und die freien Träger finanziell und personell besser ausstatten und die Gedenkstättenlehrkräfte im Haushalt absichern.

Wir wollen auch an Orte rassistischer, fremdenfeindlicher Verbrechen sowie an Orte bürgerschaftlichen Engagements nach 1990 erinnern, zum Beispiel an den erfolgreichen Kampf der Bürgerinitiative "FREIe HEIDe" für eine friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide.